



*Kredit kostet Zinsen. Die Zinsen belasten die Letztverbraucher und die Unternehmer, die sich zu ihrem Konsum- und Investitionsbedarf das Geld hinzuborgen. Die Zinsen entziehen also den Letztverbrauchern und Unternehmen wiederum Geld, obgleich bei ihnen schon ohnehin zu wenig war, und sie fließen hin zu dem Anleger, bei dem ohnehin schon so viel Geld war, dass sich ein Überschuss seiner Gelder über seinen Bedarf ergeben hatte.*

*Dieter Suhr  
Jurist und Verfassungsrechtler an der Universität Augsburg  
„Wachstum bis zur Krise“ 1986*

## DER ZINS UND SEINE SCHATTENSEITEN

Von Helmut Creutz

**D**er Zins wird im Allgemeinen als eine schöne Sache angesehen: Man braucht nur sein übriges Geld zur Bank zu geben und erhält – ohne etwas dafür tun zu müssen – Zinsen auf seinem Konto gut geschrieben. Und diese angenehme Seite des Zinses wird auch durch die Banken immer wieder herausgestellt, wie die fast täglichen Bankwerbungen in den Zeitungen zeigen.

Wie aber schon aus dem Zitat von Dieter Suhr hervorgeht, hat der Zins auch seine Schattenseiten. Dazu vorab einige grundlegende Abklärungen.

### Ist der Zins ein Preis Geldes?

Der Zins ist so wenig „Preis des Geldes“, wie die Leihgebühr in einer Bibliothek der „Preis des Buches“ ist. Allenfalls könnte man beim Zins vom „Mietpreis des Geldes“ reden. Aber auch das wäre nicht zutreffend, da Mietpreise vor allem die Abschreibungskosten bzw. Wertminderungsverluste einer auf Zeit ausgeliehenen Sache abgeltet. Wer jedoch Geld übrig hat und verleihen kann, hat weder Kosten für dessen Produktion aufbringen müssen noch muss er – zumindest bei stabilem Geld – beim Ausleihen eine Wertminderung in Kauf nehmen.

Vergleichen kann man zeitlich begrenzte Überlassungen von Geld mit jenen von Gütern, die man in gleichem Zu-

stand, gleicher Menge und gleicher Wertigkeit zurückerhält. Z. B. wenn ein Bauer einem anderen überschüssiges Saatgut überläßt. In solchen Fällen ist jedoch weder ein Mietpreis noch eine Verleihgebühr üblich, da beide Seiten von diesem Leihvorgang einen Vorteil haben: Der Leihnehmer kann über ein Gut verfügen, auf das er sonst auf Dauer der Leihzeit hätte verzichten müssen und der Verleiher erhält nach Ablauf der vereinbarten Zeit sein im Augenblick überschüssiges Gut in gleicher Menge und Qualität zurück. Ohne den Verleihvorgang wäre ihm das überschüssige Saatgut möglicherweise verdorben oder durch Mäusefraß reduziert worden. Zumindest aber hat der Verleiher, durch die Überlassung des Gutes an einen Dritten, die sonst angefallenen Lager- und Wartungskosten eingespart, die der Entleiher zwischenzeitlich zu tragen hatte.

Diese Gegenseitigkeit gilt auch für die zeitweise Überlassung von Geld: Der Kreditnehmer hat den Vorteil vorzeitig über Kaufkraft verfügen zu können. Der Kreditgeber erhält die Garantie, dass seine eingebrachte Überleistung – aus der die überschüssige Kaufkraft normalerweise resultiert – auf dem Markt überhaupt nachgefragt wird und er somit auch weiterhin Überleistungen einbringen kann. Außerdem sorgen Kreditnehmer und -geber gemeinsam dafür, dass der Geldkreislauf geschlossen und damit die Wirtschaftsabläufe stabil bleiben. Das aber ist gerade für den

Geldverleiher von Nutzen, wenn er – nach Rückerhalt des Ausgeliehenen – die Kaufkraft für sich selber einsetzen will.

Allenfalls bei einer Knappheit von Gütern oder Geld ist eine Belohnung für das Verleihen gerechtfertigt. Die Einstufung des Zinses als ein zustehendes Recht ist darum ebenso fragwürdig, wie seine pauschale Verdammung.

**Ist der Zins eine Belohnung für Konsumverzicht?**

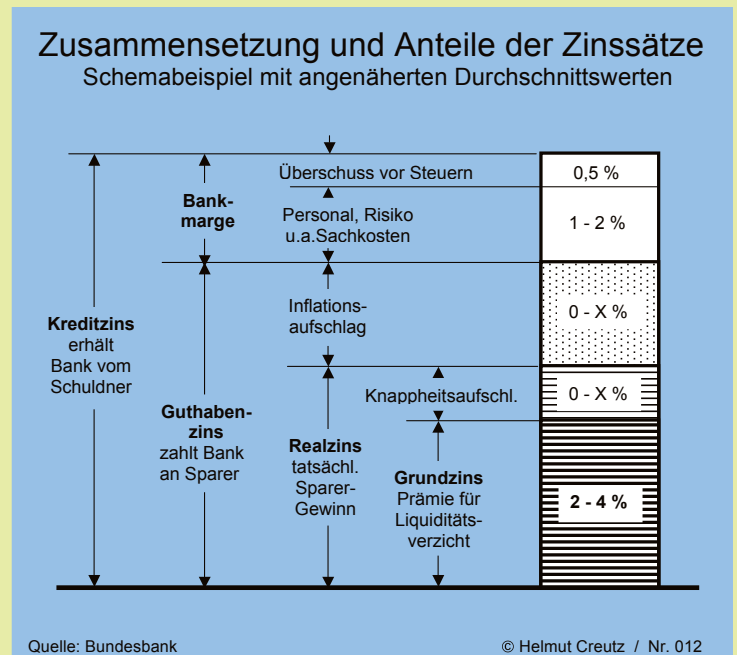
Auch diese Rechtfertigung des Zinses wird als Begründung immer noch in Lehrbüchern angeführt. Sie hält jedoch einer empirischen Überprüfung wenig stand, da kaum ein Mensch, der Zinsen wegen, auf Konsum verzichtet. Vielmehr wird Geld dann gespart und verliehen, wenn man entweder im Moment keine Nachfragebedürfnisse hat oder Kaufkraft für größere Anschaffungen bzw. zukünftige Zeiten ansammeln will. Außerdem ist zu fragen, auf welchen Konsum eigentlich jene noch verzichten sollen, denen täglich größere Zinseinkommen gut gebucht werden!

Wäre der Zins eine Belohnung für Konsumverzicht, dann müßte – darauf hat bereits Keynes hingewiesen – auch derjenige Zinsen erhalten, der überschüssiges Geld zu Hause unter dem Kopfkissen oder im Tresor ansammelt. Der Sparer erhält bekanntlich jedoch nur dann die Zinsen, wenn er sein Geld, bis zum Zeitpunkt des Eigenbedarfs, anderen überlässt. Der Zins ist also keine Belohnung für einen Verzicht auf Konsum, sondern allenfalls für den Verzicht auf Liquidität, bzw. – wie Keynes ebenfalls formuliert hat – für den Verzicht auf die Hortung von Geld. – Diese Möglichkeit, Geld ohne zu befürchtende Konsequenzen aus dem Kreislauf herausziehen zu können, ist also der entscheidende Knackpunkt in unserem Geldsystem: Sie ist die Ursache dafür, dass Zinsen auch dann noch marktwidrig erpresst werden können, wenn gar keine Knappheit an Ersparnissen besteht.

**Betrifft das Problem den gesamten Zins?**

Was wir heute mit dem Begriff Zins bzw. Kreditzins bezeichnen ist eine Mischung verschiedenster Posten, die einzeln gesehen und bewertet werden müssen. Diese Posten gehen aus der *Darstellung 1* hervor, in der die gesamte Kreditzins-Säule in ihre Bestandteile aufgeschlüsselt ist. Wie ersichtlich, addiert sich diese aus den Guthabenzinsen, die der Sparer erhält, mit den darauf aufgeschlagenen Vermittlungskosten der Bank, der so genannten Bankmarge. Diese Bankmarge setzt sich wiederum zusammen aus den Sachkosten der Bank, also den Ausgaben für Personal, Gebäude und dem einbezogenen kalkulatorischen Risiko, sowie dem erwirtschafteten Überschuss. Nach Zahlung der Steuern verbleibt aus diesem Überschuss dann der Gewinn der Banken, der auch die Verzinsung des Bank-Eigenkapitals beinhaltet.

**Darstellung 1**



Die gesamte Höhe der Säule in der Grafik gibt den Zins wieder, den der Kreditnehmer an die Bank zu zahlen hat, also den Sollzins. Dieser Soll- oder Kreditzins teilt sich auf in jenen Teil, den der Sparer erhält (Guthaben- oder Habenzins) und jenen Betrag, den die Bank zur Abdeckung ihrer Kosten auf diesen Guthabenzins aufschlägt, die so genannte Bankmarge bzw. Zinsüberschuss.

Betrachtet man jetzt den Guthabenzins, dann setzt sich dieser wiederum aus dem Realzins und dem fast immer erforderlichen Inflationausgleich zusammen, mit dem der Sparer sich für den Kaufkraftverlust seiner Rücklagen entschädigt. Der Realzins, also der tatsächliche Gewinn des Sparer, muss auch noch einmal unterteilt werden, und zwar in einen Grundzinssockel und - je nach Marktlage - einen Knappeitsaufschlag. Der Knappeitsaufschlag fällt an, so lange die Nachfrage nach Kapital größer ist als das Angebot an Ersparnissen und sinkt bei gesättigten Märkten praktisch gegen Null. Der Realzinssockel jedoch, der Grund- oder Urzins (S. Gesell), ist nach John M. Keynes gewissermaßen der Preis für die geliehene Liquidität, bzw. zutreffender, der Preis für den Verzicht des Sparer auf den Liquiditätsvorteil des Geldes. Diese Liquiditätsprämie hat eine Höhe, die etwa zwischen zwei und vier Prozent schwankt.

Während der Inflationsanteil im Zins also mit der Überwindung der Inflation, und der Knappeitsaufschlag mit der Überwindung der Knappheit auf den Kapitalmärkten gegen Null heruntergehen, verbleibt die Liquiditätsprämie oder der Grundzins als feste Größe. Wird diese Größe bei sinkenden Zinsen erreicht, kommt es zu zögerlichen Kreditgeld-Angeboten bzw. sogar zu Unterbrechungen des Angebots und Rückzügen in liquide Geldhaltungen. Mit dieser Verknappung des Angebots wird ein weiteres Sinken der Zinsen praktisch verhindert und schließlich wieder ein neuerlicher Zinsanstieg bewirkt.

Ein Guthabenzins um Null und damit eine Überwindung der zinsbedingten Probleme ist also - sieht man von deflationären Wirtschaftslagen ab - nur bei einer Vermeidung dieser künstlichen Verknappung des Geldes möglich. Das wiederum ist z.B. mit einer Umlaufsicherung auf die Geldhaltung zu erreichen, also einer Geldhalte- oder Durchhaltegebühr (carrying costs, Keynes). Diese Geldhaltegebühr würde auch dann den Geldhalter noch zur Freigabe seines übrigen Geldes veranlassen, wenn die heutigen Umlaufsicherungen Inflation und Zins marktgerecht gegen Null absinken.

Die von den dauernd positiven Zinsen ausgehenden konjunkturellen und sozialen Probleme sind also auf eine im Grunde einfache Weise abzubauen. Natürlich würde auch bei einem Guthabenzins um null der Kreditnehmer immer noch die Bankmarge bezahlen müssen, eben die Kosten für die Dienstleistung der Bank. Aber auch diese Bankkosten dürften sich verringern, wenn auf Grund der Zinssenkung das Risiko der Banken wie auch ihre Eigenkapitalverzinsung absinken würden.

Schlüsselt man jetzt den Guthabenzins auf, den der Sparer erhält, dann setzt dieser sich aus dem real erhaltenen Zins und – soweit erforderlich – einem Inflationsaufschlag zusammen. Dieser letztgenannte Aufschlag, mit dem der Sparer seine inflationsbedingten Substanzverlust ausgleicht, ist so lange gerechtfertigt wie die Kaufkraft des Geldes von den Notenbanken nicht stabil gehalten werden kann. Der nach Inflations-Abzug verbleibende tatsächliche Sparer Gewinn setzt sich wiederum aus dem eigentlichen Zins, dem Grundzins, und einem schwankenden Knappheitsaufschlag zusammen, der sich aus der Marktlage ergibt.

Bei der Debatte um den Zins geht es also alleine um jenen Grundzins, der von Keynes als Liquiditäts- oder Liquiditätsverzichtprämie bezeichnet worden ist und von Gesell als Urzins. Dieser Grund- oder Urzins spiegelt alleine die Überlegenheit des Geldes gegenüber den zu tauschenden Waren und Leistungen wider, die es zu überwinden gilt. Der sich darauf aufsattelnde Knappheitsaufschlag ist dagegen eine variable Größe, die – gäbe es nicht die künstliche Verknappungsmöglichkeit durch Geldzurückhaltung bzw. Hortung – schon seit vielen Jahren bei Null liegen müsste.

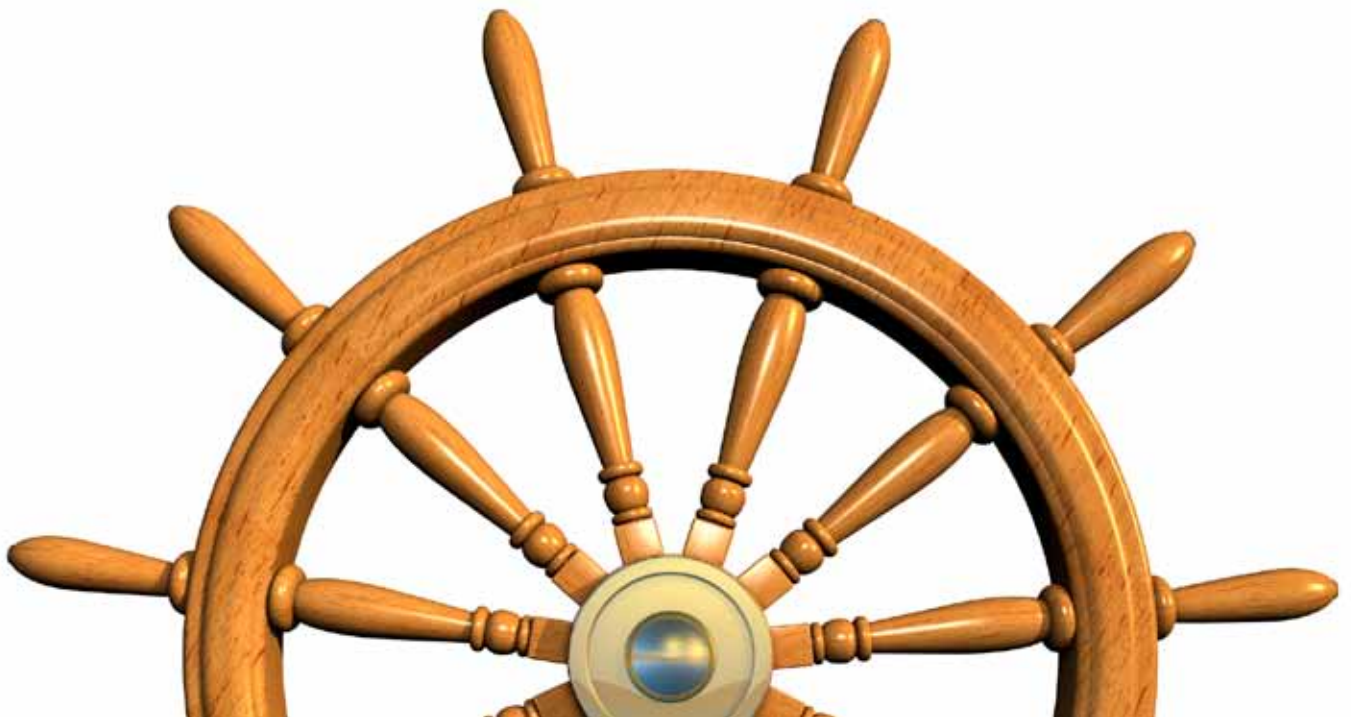
### **Welche Forderungen stellen die heutigen Zinskritiker und Geldreformer?**

In einer modernen Wirtschaft ist der Zins als Knappheitsaufschlag und Lenkungsinstrument unverzichtbar. Diese Funktionen würden jedoch auch von einem Zins erfüllt, dessen Höhe – die sachbedingten Posten ausgeklammert – verteilungsneutral um den Nullpunkt schwankt. Um bei gesättigten Märkten jedoch zu einem solchen verteilungsneutralen Zins zu kommen, muss dem Geld die Überlegenheit über die mit ihm zu tauschenden Güter und Leistungen genommen werden. Das heißt, Geld darf nur ein Äquivalent der Güter und Leistungen sein.

Um die heutige Überlegenheit des Geldes abzubauen, muss man es unter den gleichen Angebotsdruck stellen, wie das bei den einzutauschenden Gütern und Arbeitsleistungen der Fall ist. Und so wie die Arbeitleistenden und die Güterproduzenten nur einen Knappheitsgewinn beanspruchen können, solange der Arbeits- bzw. Warenmarkt noch nicht gesättigt ist, so darf sich auch der Knappheitsgewinn beim Geld nur solange im positiven Bereich bewegen, wie die Kreditnachfrage über dem Angebot an Ersparnissen liegt. Denn die heute nur beim Geld gegebene Möglichkeit, durch Angebotsverknappung diese Gewinne auch bei einem ausreichenden Ersparnispotential weiter zu erpressen, widerspricht einer freien und sozialen Marktwirtschaft.

Auch wenn manche plakativen Verkürzungen oft einen anderen Eindruck vermitteln: Es geht bei den Bemühungen der Geldreform-Bewegung weder um eine „zinslose Wirtschaft“ oder eine „Abschaffung der Zinsen“, noch um eine Neigung zu Modellen vergangener Planwirtschaften. Es geht lediglich um die Infragestellung jener durch Geldzurückhaltung durchsetzbaren Einkünfte, die von den Sparern als leistungslose Bereicherungen, auf Kosten der Leistenden, erzielt werden können.

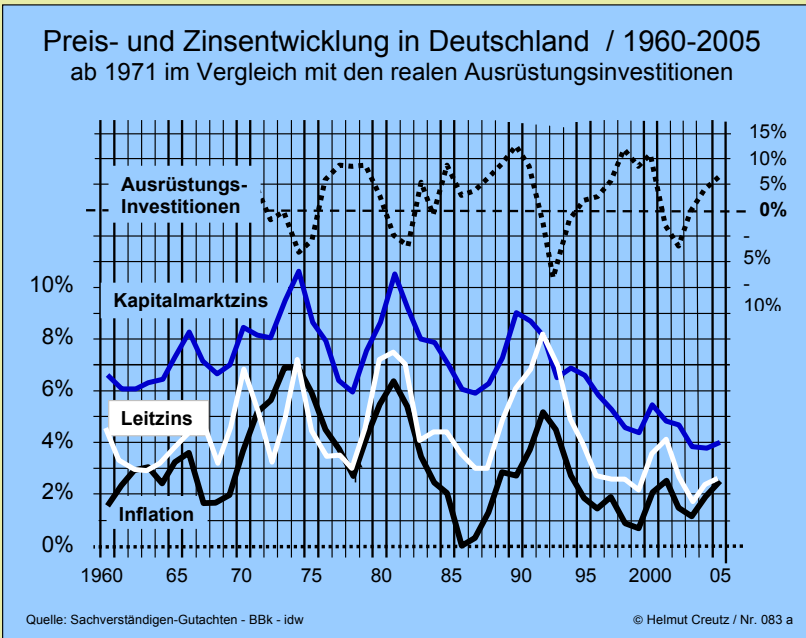
In welchem Umfang sich heute Geld dem Angebot am Kapitalmarkt entzieht, lassen die weltweit vagabundierenden und ständig noch eskalierenden Spekulationsmilliarden erahnen, mit denen wir alle in den letzten Jahren bittere Erfahrungen sammeln mussten. Ebenso beweist dies der Tatbestand, dass bei sinkenden bzw. als zu niedrig empfundenen Zinsen nicht nur die Spekulationen zunehmen, sondern auch die liquiden Geldhaltungen. Als Folge dieses möglichen Geldrückzugs ist z.B. der Kapitalmarktzins in der Geschichte der Bundesrepublik in den ersten viereinhalb Jahrzehnten nie unter die Sechszentmarke gefallen,



selbst dann nicht, wenn die Inflation – wie 1986/87 – auf Null zurückging. Wie aus der *Darstellung 2* ersichtlich, kam es erst nach 1995 erstmalig zu einem Absinken der Zinssätze unter diese „magische Grenze“ von sechs Prozent.

kraftstabilität orientierte und bekanntlich einen Satz „von unter aber nahe zwei Prozent“ anstrebt – man beachte die Unsicherheit in solchen Formulierungen! – kam es zu Absenkungen der Inflations- als auch der Zinsraten.

**Darstellung 2**



Die Darstellung zeigt im unteren Teil die Entwicklungen der Zins- und Inflationsätze. Dabei macht die Parallelität zwischen den Kurven deutlich, wie die Zinssätze auf die Veränderung des Preisniveaus reagieren, d. h. wie schnell die Geldhalter bemüht sind, die inflationsbedingten Substanzverluste ihrer Vermögensbestände durch Anhebungen der Zinssätze auszugleichen. Auch die anfangs eigenständigeren Leitzinsen wurden in den letzten zwanzig Jahren zunehmend dem Inflationsverlauf angepasst.

Im oberen Teil der Darstellung ist ab 1971 zusätzlich die Entwicklung der realen Ausrüstungsinvestitionen eingetragen. Deutlich wird deren Gegenläufigkeit zu den Zins- und Inflationsentwicklungen: Den Anstiegen der Zinssätze folgt jeweils, durchweg mit einem Jahr Verzögerung, ein Rückgang der Investitionen. Umgekehrt nehmen diese nach den Zinsabbrüchen wieder zu. Ursächlich dafür sind nicht nur die sinkenden Zinslasten, sondern auch die sich nach den Hochzinsphasen daraus jeweils wieder belebende Konjunktur.

Diese Wechselwirkungen zur Inflations- bzw. Zinsentwicklung gelten auch für fast alle anderen konjunkturrelevanten Größen, vor allem für die Beschäftigung. Das macht deutlich, in welchem Maße die Instabilitäten unseres Geldsystems, und hier vor allem die der Preisschwankungen, die Vorgänge in Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen. Hinzu kommt noch, dass mit jedem Anstieg der Inflations- und Zinssätze die Einkommensumschichtungen von der Arbeit zum Besitz beschleunigt zunehmen und damit die Gefährdungen des sozialen Friedens.

Aus der zusätzlich eingetragenen Kurve der Ausrüstungsinvestitionen geht hervor, wie rasch und eindeutig die Unternehmens-Entscheidungen auf die Zinsschwankungen reagieren: Mit sinkenden Zinsen nehmen sie zu, mit steigenden Zinsen werden sie abgebaut.

Um diese problematischen Folgen der Zinsschwankungen und der daraus resultierenden Entwicklungen abzubremsen und schließlich zu unterbinden, zielen die heutigen Geldreformer darauf ab, durch eine konstruktive Umlaufsicherung – sprich Kosten auf die Geldhaltung – einen gleichmäßig wirkenden Freigabedruck auf die Geldhalter auszuüben. Denn die heutigen Umlaufsicherungsmittel – Zins und Inflation – sind nicht nur wegen ihrer Schwankungen und destruktiven Folgen für diese Aufgabe ungeeignet, sondern auch deswegen, weil mit sinkender Höhe ihre Umlaufsicherungseffekte schwinden.

Das bedeutet, sinkende Zins- und Inflationsraten – für jede Volkswirtschaft normalerweise höchst wünschenswert – führen unter den heutigen Gegebenheiten zu Störungen und Unterbrechungen des Geldkreislaufs, bis hin zu deflationären Gefahren, wie sie in Japan seit zwei Jahrzehnten gegeben sind und auch bei uns zunehmend befürchtet werden. Denn in deflationären Situationen sind die Notenbanken nicht mehr in der Lage, die Wirtschaftstätigkeit zu beeinflussen und der Versuch, diese durch Staatsverschuldungen zu beleben, führt ebenfalls in eine Sackgasse.

**Woran knüpfen die heutigen Reformansätze?**

Aufschlussreich in dieser Grafik ist auch die weitgehende Parallelität der Zinskurve mit jener der Inflation. Da diese erheblichen Inflations-Schwankungen die Folge unzulänglicher Steuerungsmaßnahmen der Notenbank sind, gehen diese, einschließlich ihrer erheblichen Folgen, auf das Konto der damals zuständigen Deutschen Bundesbank. Die unzulänglichen Wirkungen ihrer Geldpolitik spiegeln sich auch in der Kurve der Leitzinsen wider, die man eher als „Begleitzinsen“ der problematischen Schwankungen bezeichnen kann. Erst mit der Geldpolitik der EZB, die sich stärker an der Kauf-

Die entscheidenden geldbezogenen Reformvorschläge wurden bereits in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts konzipiert, vor allem durch den deutsch-argentinischen Kaufmann Silvio Gesell. Etliche seiner bereits damals formulierten Forderungen sind inzwischen selbstverständliche Praxis. Das trifft z.B. auf die Forderung nach Abbau der starren Wechselkurse und Zölle wie der Abkoppelung des Geldes von der Golddeckung zu, die selbst nach dem zweiten Weltkrieg in manchen Lehrbüchern noch als unverzichtbar bezeichnet wurde. Auch die Forderungen Gesells nach >

Überwindung von Inflation und Deflation, mit Hilfe entsprechender Geldmengensteuerung, wurden inzwischen von fast allen Notenbanken übernommen. Das entscheidende von ihm vorgeschlagene Steuerungsmittel, nämlich die Verstetigung des Geldumlaufs durch eine Umlaufsicherung, wurde jedoch bisher allenfalls in Krisenzeiten einmal in die Überlegungen einbezogen.

So hat vor allem John Maynard Keynes diese Anregungen in der 1930er Jahren aufgegriffen und geschrieben, dass eine solche Umlaufsicherung – von ihm als Durchhaltekosten (carrying costs) bezeichnet – der „vernünftigste Weg“ sein würde, um „die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden“. Und der damals wohl bekannteste Wirtschaftswissenschaftler der USA, Irving Fisher, war der Ansicht, dass mit dessen Vorschlägen die damalige Rezession in den USA in wenigen Wochen zu beenden wäre und bezeichnete sich selbst als „bescheidener Schüler Silvio Gesells“.

Auch im Zuge der heutigen Finanzmarkt- und Bankenkrise erinnert man sich in Krisenzeiten hier und da wieder an die im Aufschwung vergessenen Rezepte. So hat z.B. im Oktober 1999 der Vizepräsident der Federal Reserve Richmond, Marvin Goodfriend, eine Haltegebühr auf Geld ins Gespräch gebracht und damit begründet, dass diese Kosten die Leute zur Geldausgabe ermutigen und das zu sinkenden Zinsen führen würde, ohne dass damit Deflationsgefahren verbunden wären. Und bezogen auf die praktische Umsetzung schreibt er: „Die Durchhaltegebühr könnte beim Bargeld durch einen Magnetstreifen in jeder Banknote ermöglicht werden, der aufzeichnet, wann eine Banknote zuletzt aus dem Bankensystem entnommen wurde“. Auch in den letzten Jahren wurde das Thema von einigen Wirtschaftswissenschaftlern angesprochen, deren überwiegende Mehrheit diesen Erfordernissen jedoch weiterhin blind gegenübersteht.



Um diese letzte entscheidende Fehlstruktur in unserem Geld zu überwinden, muss es mit den Gütern und der Arbeit auf eine Stufe, das heißt, unter einen vergleichbaren Angebotsdruck gestellt werden. Proudhon wollte das mit Tauschbanken durch Anpassung der Ware an das Geld erreichen, Gesell dagegen umgekehrt mit „rostendem Geld“ den Waren anpassen, und Keynes – wie bereits angeführt – mit Durchhaltekosten, die er dem Geld anheften wollte.

Modelle, die darauf abzielen, den Zins durch staatliche Eingriffe unter das im Markt gebildete Niveau zu senken, stehen also nicht zur Debatte. Vielmehr geht es darum, dass der Zins endlich zu einem echten Marktpreis und Gradmesser für die Knappheit des Kapitals wird und Marktpreisfindung und -bildung nicht mehr durch künstliche Verknappungen des Geldangebots verhindert bzw. verzerrt werden können.

Ferner ist eine klare demokratische und mit dem Grundgesetz vereinbarte Rechtsordnung für das Geld erforderlich, das heute – völlig unreal – immer noch sowohl als öffentliches Gut als auch privates Eigentum eingestuft wird. Außerdem bedarf der in unserer Geldordnung bereits gegebene *Annahmewang* des Geldes einer Ergänzung durch einen *Weitergabewang*, da ohne diesen der Geldkreislauf niemals störungsfrei funktionieren kann. Des Weiteren sollte die Notenbank von allen Bankgeschäften und Zinsbeeinflussungen befreit werden und nur noch für die Ausgabe des Geldes und dessen Kaufkraftstabilität verantwortlich sein, wie das auch Gesell bereits mit seinem „Währungsamt“, anstelle der damaligen Reichsbank, vorgeschlagen hatte.

Die Reform unseres Geldsystems ist umso dringender, als sich die Problematik des Zinses nicht allein auf seinen „moralischen Schatten“ bezieht – wie der langjährige Chef-Volkswirt der Bundesbank und der EZB, Otmar Issing, einmal geschrieben hat – sondern auf eine immer bedenklicher werdende Weise auch auf die sozialen, ökologischen und ökonomischen Problementwicklungen.

### Der soziale Schatten des Zinses und seine Folgen

Alle Zinsen fließen immer von der Arbeit zum Besitz. Mit jeder Zinszahlung erhalten also diejenigen noch mehr Geld, die bereits zuviel hatten und es verleihen konnten. Umgekehrt fließt Kaufkraft bei jenen ab, denen bereits Geld fehlte und die es sich deshalb leihen mussten.

Sozial problemlos sind solche Zinsströme nur dann, wenn mit Hilfe der Kredite die Produktion im gleichen Tempo gesteigert werden kann, wie die Geldvermögen und Schulden zunehmen. Das aber ist allenfalls in den ersten Jahrzehnten einer Wiederaufbauperiode der Fall, nicht aber bei einsetzenden Sättigungen der Märkte. Als Folge der

unterschiedlichen Entwicklungen von Wirtschaftsleistung und Geldvermögen kommt es darum zu immer größeren Einkommensumschichtungen und jenen viel beklagten Öffnungen der Schere zwischen Arm und Reich.

Natürlich müssen nicht alle Haushalte nur ständig Zinsen zahlen, vielmehr verfügen die meisten auch über laufende wenn auch geringe Zinseinkommen. Denn diese Zinseinkommen hängen von der Höhe der zinsbringenden Vermögen ab, die jedoch wesentlich unterschiedlicher verteilt sind als die Haushaltsausgaben, mit denen die Zinslasten hauptsächlich getragen werden (siehe auch detaillierte Umverteilungsrechnung in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift). Gewinner bei der geldzinsbezogenen Einkommensumverteilung sind also nur jene Haushalte, bei denen die jährlichen Zinserträge ein Drittel oder mehr des verfügbaren Einkommens ausmachen und damit ihre Zinslasten übersteigen. Alle anderen Haushalte, und das sind fast 90 Prozent, verlieren bei diesem „Zinsmonopoly“ und diese Verluste sind umso größer, je geringer die eigenen Geldvermögen und damit die Zinserträge sind.

In Wirklichkeit ist die Umverteilungssituation jedoch noch dramatischer, da zu den geldbezogenen Zinseinkünften noch diejenigen aus den schuldenfreien Sachvermögen hinzukommen, die sich sogar noch extremer als die Geldvermögen bei Minderheiten konzentrieren.

### Die Folgen der zinsbedingten Umverteilung

Dass mit der Zunahme dieser Zinsstromgrößen die Einkommensumverteilungen und mit diesen die sozialen Spannungen zunehmen müssen, liegt auf der Hand. Das geschieht vor allem in hochzinsbedingten oder sonstigen Rezessionsphasen, in denen das Wirtschaftswachstum deutlicher nachlässt bzw. sogar real zurückgeht.

Der frühere Gewerkschaftsvorsitzende, Ernst Breit, hatte schon in den 1980er Jahren davon gesprochen, dass einer „verschämten Armut“ ein immer größerer „unverschämter Reichtum“ gegenüberstünde. Und der Sozialsenator von Hamburg, Ortwin Runde, stellte bereits im Sommer 1993 fest, dass in seinem Stadtstaat sowohl die Millionäre wie die Sozialhilfeempfänger gleichermaßen überproportional zunehmen. Und diese Diskrepanzentwicklungen sind nicht abzubremesen, solange die Reichtumskonzentrationen weiterhin beschleunigt und gewissermaßen von alleine zunehmen. So konnte man schon im Monatsbericht der Bundesbank vom Oktober 1993 lesen, dass die Zinsgutschriften bei den westdeutschen Privathaushalten bereits 80 Prozent der Neu-Ersparnisbildung entsprechen, während es in den 50er Jahren erst 16 Prozent waren. Das heißt, die „Selbstalimentation der Geldvermögen durch die Zinsen“ – wie das die Bundesbank nannte – nimmt immer schneller zu.



### Die Beziehung zu den ökologischen Problemfolgen

Wenn bei einem Privatmann die Schulden rascher steigen als sein Einkommen, kann er sich ausrechnen, wann er zahlungsunfähig sein wird. Diese Zahlungsunfähigkeit kann er nur dann noch eine Weile hinausschieben, wenn es ihm gelingt, seine Arbeitsleistung und damit sein Einkommen ständig zu steigern. Diesem Ausweg aus dem Dilemma sind jedoch natürliche Grenzen gesetzt.

Das hier herangezogene Beispiel ist kein theoretisches, sondern eines, das allen Volkswirtschaften in der Welt immer mehr zu schaffen macht. Es lässt sich festmachen an dem Überwachstum der Geldvermögen und Schulden gemessen an der Wirtschaftsleistung und gilt, genauso wie für jeden Einzelnen, auch für jedes Unternehmen und jeden Staat: Nur noch durch ständiges und ständig zunehmendes Wirtschaftswachstum lassen sich die sozialen Probleme erträglicher gestalten, was jedoch immer weniger gelingt. Und in welchem Maße dabei die Umwelt auf der Strecke bleibt und knapper werdende Ressourcen den Frieden gefährden und die Umwelt zerstören, kann man täglich in den Zeitungen lesen!

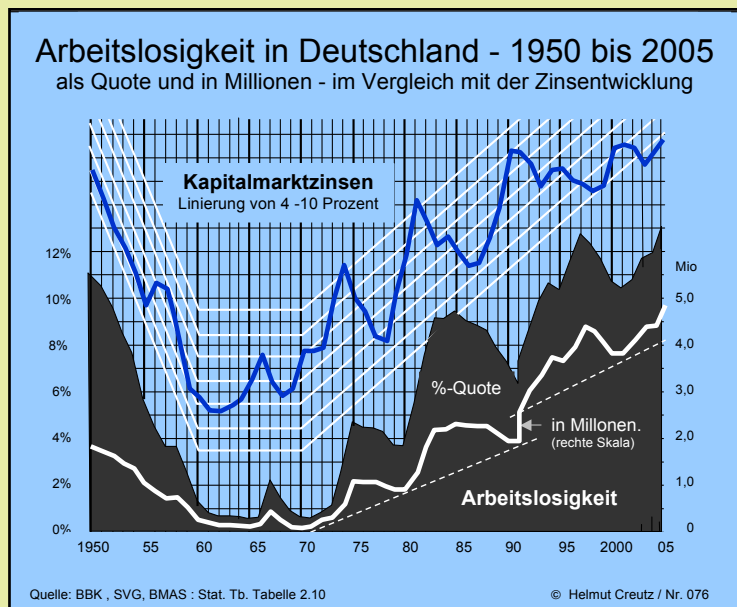
Als Folge der monetären Überentwicklungen sind in der Bundesrepublik die zinslastbestimmenden Geldvermögen und Schulden von 1950 bis 2009 etwa fünf Mal so rasch angestiegen wie das Sozialprodukt, aus dem alle Einkommensansprüche bedient werden müssen. Zieht man die Lohn-einkommen heran, dann ist die Diskrepanz noch größer. Die Folge ist, dass den Erwerbstätigen bzw. Haushalten immer größere Einkommensanteile verloren gehen. Rechnet man die Verluste in Arbeitszeiten um, dann mussten alle Erwerbstätigen 1950 rund drei Wochen im Jahr für die Bedienung der Schuldenzinsen arbeiten, 1975 rund sieben Wochen und 2000 mehr als ein Vierteljahr. Soll eine noch raschere Verarmung vermieden werden, muss jeder einzelne – und mit ihm die ganze Volkswirtschaft – um ständige Leistungssteigerungen bemüht sein. Dieser von der Zinsbedienung ausgehende Wachstumszwang würde nur nachlassen, wenn >

die Wachstumsraten der Geldvermögen (und das heißt letztlich wiederum die der Zinseinkommen!) auf bzw. unter die Marge des Sozialprodukts absinken. Ein „Nullwachstum“, das alleine der Umwelt und damit uns Menschen eine Zukunftschance gibt, wäre also nur bei einem Zins um Null realisierbar.

### Die ökonomischen Schatten der Zinsen

Dass die Wirtschaft auf Veränderungen der Zinssätze sehr sensibel reagiert, hat bereits die Kurve der Ausrüstungsinvestitionen in der *Darstellung 2* gezeigt. Die Wirkungen wachsender Zinsbelastungen und ebenfalls die der Zinssatzschwankungen spiegeln sich noch deutlicher in den Entwicklungen und Schwankungen der Arbeitslosigkeit wider, wie aus der *Darstellung 3* zu entnehmen ist. Das trifft sowohl auf ihre Zahl in Millionen zu als auch auf die Arbeitslosenquote, gemessen an der Zahl der abhängig Beschäftigten. Auch wenn die Reaktionen zwischen Zinssatz-Veränderungen und deren Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt um wenige Jahre verzögert eintreten und in den letzten 20 Jahren durch staatliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt an Deutlichkeit verloren haben, sind die Wechselwirkungen immer noch klar zu erkennen. Vor allem wenn man die Zinskurve so verzieht, dass sie sich – wie in der Darstellung geschehen – dem langen tiefen Tal der Arbeitslosenquote anpasst.

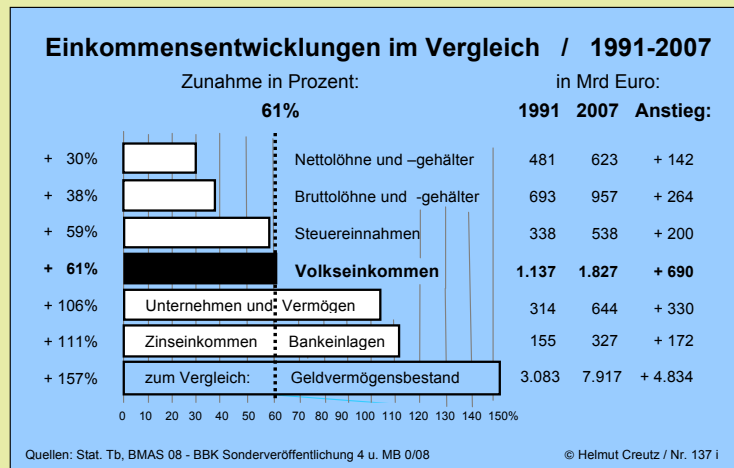
Darstellung 3



Aber nicht nur durch die erheblichen Anstiege der Arbeitslosigkeit nehmen die sozialen Spannungen zu, sondern vor allem durch das langfristige Auseinanderdriften der Einkommen in unseren Volkswirtschaften, die dazu führt, dass die von Arbeit lebende Bevölkerung immer weniger an den Ergebnissen und Steigerungen dieser Arbeit teilhat.

Normalerweise nimmt man an, dass ein Wachstum des BIP von z. B. zehn Prozent bedeutet, dass auch alle Einkommen in etwa gleichem Maß zunehmen. Die Wirklichkeit, wiedergegeben in der *Darstellung 4* und für den Zeitraum von 1991–2007, zeigt jedoch ein anderes Bild:

Darstellung 4



Während das Volkseinkommen in den 16 Jahren um 61% zunahm, blieben die Lohneinkommen mit einer Steigerung von 30 bzw. 38% deutlich hinter diesen Zuwachs zurück. Ursache für dieses Zurückfallen ist das Überwachstum jener Einkommen, die aus Unternehmertätigkeit und Vermögen resultieren und fast beim Doppelten des Volkseinkommens gelegen haben. Welche Rolle hier die Zinseinkommen haben und – als deren Ursache – das Wachstum speziell der Geldvermögen, geht aus den unteren beiden Balken hervor. Und dass die Zinseinkommen nicht im gleichen Umfang wie die die Geldvermögen angestiegen sind, verdanken wir nur den gesunkenen Zinssätzen in den letzten Jahren. Natürlich verringert sich durch die zinsbedingten Einkommensverschiebungen nicht die Kaufkraft in der Volkswirtschaft, aber sie verschiebt sich von jenen die noch Bedürfnisse haben zu jenen deren Bedürfnisse weitgehend gesättigt sind. Zur Nachfrage kann diese verlagerte Kaufkraft also nur werden, wenn sie über Kreditausweitungen wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt wird. Dadurch aber vergrößern sich die problemauslösenden zinsbedingten Belastungen und Umverteilungen erneut. Und wenn dann, aufgrund einsetzender Rezessionserscheinungen, die Unternehmen immer weniger zu Kreditaufnahmen in der Lage sind, bleibt praktisch nur der Staat als weiterer Schuldenmacher übrig. Und dieser ist zur Rückführung der Kaufkraft aus den „Kassen ohne Bedarf“ (Dieter Suhr) geradezu gezwungen, wenn er solche deflationsträchtigen Unterbrechungen des Geldkreislaufs verhindern will. Darauf hat bereits vor Jahren Rüdiger Pohl, einer der „fünf Weisen“, in einem ZEIT-Artikel hingewiesen – ein Zitat, das in unseren Tagen noch an Bedeutung gewonnen hat:

„Wohlgemerkt: Staatliche Kreditaufnahme ist kein Selbstzweck. Aber wenn – wie heute in der Bundesrepublik – das Kapitalangebot aus privaten Ersparnissen steigt, gleichzeitig die Kapitalnachfrage... der Unternehmen wegen der schwachen Investitionsneigung gering bleibt, dann muss der Staat das am Markt entstehende Kapitalüberangebot aufnehmen, weil anderenfalls eine deflationäre Wirtschaftsentwicklung einsetzen würde.“

Da jedoch die rückläufigen Steuereinnahmen aus den sinkenden Arbeitseinkommen nur zu einem geringen Teil durch erhöhte Steuereinnahmen bei den Zinsbeziehern ausgeglichen werden können (bekanntlich entziehen sich gerade die größten Einkommen der Besteuerung!), ergibt sich für den Staat durch die zinsbedingten Einkommensumschichtungen ein weiterer Nachteil. Nicht nur durch die erhöhten Zinsleistungen, sondern auch durch diese Rückgänge der Steuereinnahmen, die dazu noch von erhöhten Sozialausgaben für die Arbeitnehmer begleitet werden, gerät der Staat in einen immer größeren Verschuldungszwang. Und daraus wiederum für den Staat der Zwang, mit allen Mitteln das Wirtschaftswachstum zu forcieren, und sei es notfalls mit solchem Irrsinn wie Abwrackprämien.

## Fazit

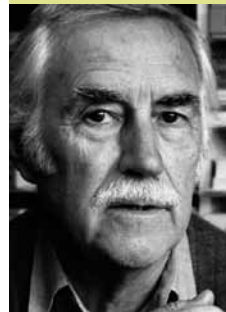
Ohne Zweifel kann eine moderne Geldwirtschaft nicht ohne Zins als Knappheitspreis und Lenkungsinstrument bestehen. Diese Funktionen werden jedoch auch durch einen sinkenden und schließlich verteilungsneutral um Null

pendelnden Zins erfüllt, der bei den Kreditzinsen nur noch die Bankmarge und ggfs. einen Inflationsausgleich enthält. Jedoch nur mit einer konstruktiven Umlaufsicherung, mit der die Geldmenge präziser steuerbar und auch die Inflation und damit der heute notwendige Inflationsausgleich in den Zinsen überwunden werden kann. Ebenfalls sinkt mit der allgemeinen Stabilisierung der Wirtschaft und Gesellschaft auch der in der Bankmarge enthaltene Risikoanteil ab.

Ein durch Geldzurückhaltung ständig in positiven Größen gehaltener und über den Wachstumsraten liegender Zinssatz muss jedoch, aufgrund einfacher mathematischer Gesetzmäßigkeiten, jede Wirtschaft und Gesellschaft in den ökonomisch-sozialen Zusammenbruch treiben. Der Versuch, diesem Zusammenbruch durch noch mehr Wirtschaftswachstum zu entgehen, war schon in der Vergangenheit unzureichend und wird aufgrund seiner ökologischen Folgen mit jedem Tag unmöglicher und unverantwortlicher. ■

HUMANE  
WIRTSCHAFT

Zum Autor  
Helmut Creutz



Jg. 1923, Architekt, Wirtschaftsanalytiker und Publizist. 1979/80 war er Mitbegründer der Alternativen Liste und der Grünen in Aachen und NRW. Seit 1980 befasst er sich mit den Zusammenhängen zwischen Geld und Gesellschaft, Währung und Wirtschaft. Umfangreiche Vortrags- und Seminarartätigkeit, Veröffentlichung von zahlreichen Büchern, Aufsätze und statistische Grafiken zum Thema.

WWW

netzschnipsel

## ...und keiner wacht auf

„Es ist schwierig, einem Menschen etwas begreiflich zu machen, wenn sein Gehalt darauf beruht, es nicht zu begreifen.“ Dieser zeitlose Satz des amerikanischen Essayisten und Schriftstellers Upton Sinclair manifestiert das Fiasko nicht nur seiner Zeit. In die Politik gefallen und wieder hinausgeschleudert, beschwerte er sich 1935 bitter über die Realität politischer Systeme und ihrer Machenschaften. Denn auch für die Demokratie gilt: Lebenserfahrung ist meist kaum mehr als die Parodie der Idee. Die Parallelen zur Gegenwart sind unübersehbar. [ ] „Es ist schwierig, Angela Merkel etwas begreiflich zu machen, wenn ihr Machterhalt darauf beruht, es nicht zu begreifen. Ein geeigneter Kandidat für das höchste Amt im Staate für Merkel – das ist nicht der Integerste, der Begabteste, der Klügste, der Eigenständigste, Umsichtigste, der Brillanteste. Ein geeigneter Kandidat ist der aus Sicht der Kanzlerin geeignetste Kandidat.“

Zitiert aus: DIE ZEIT, 10.06.2010 Nr. 24

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2010/24/Bundespraesident-Wahl>

Von Richard David Precht, Philosoph und Schriftsteller aus Köln